

Gerichts



Zeitung

Das Wesen unsrer Waffe, Gerechtigkeit unsrer Axt.

Abonnement: Im deutschen Reich und in Oesterreich, vierteljährlich 2 Mark 50 Pf., In Berlin einschließl. 2 Mark 10 Pf., Bringerlohn monatlich 80 Pf.

Inserate: die viergespaltene Petitzeile 10 Pf., die ganze Seite 210 Mark.

Verlag und Expedition: Gustav Behrend (Hermann Förstner) Berlin G., Köhlerstraße 30.

Zeitschrift

für Kriminal-, Polizei- und Civil-Gerichtspflege des In- und Auslandes, verbunden mit politischer Rundschau und einem Senilleton.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend (morgens) je 2-3 Bogen Folio.

Verantwortlicher Redacteur: W. Quanter in Berlin.

Donnerstag, den 12. Januar.

Landgericht I.

Sechste Strafkammer.

Das Los der Herren Erfinder ist nicht immer ein beneidenswertes, und nicht jeder, der sich mit kühnen Entdeckungsgedanken trägt, liegt auf Rosen gebettet. Der Architekt Hermann Klemann kam davon ein Lied singen. Klemann kam im Mai v. J. nach Berlin, um hier seine Erfindung auszuüben; er hatte nämlich einen Wäschetrocknen-Apparat erfunden und war der Ansicht, daß ihn nunmehr goldene Berge beschieden seien. Zunächst mietete er sich in einem billigen Hotel ein, und von dort aus unternahm er kühne Ausgänge, um einen Fabrikanten zur Herstellung seines Apparates ausfindig zu machen.

Da er noch einige Geldmittel besaß, bezahlte er Anfangs seine Tagesrechnungen pünktlich; aber schon am 5. Mai hielt er es für besser, um Gewährung von Kredit zu bitten, da er wohl bemerkte, daß geraume Zeit verstreichen werde, ehe er aus seiner Erfindung Nutzen ziehen könnte. Er hatte nämlich einen reichen Holzhändler gefunden, der nicht abgeneigt war, die Fabrikation zu beginnen, wenn nämlich Klemann auf eigene Rechnung das Modell anfertige, damit man sich zunächst überzeugen könne, ob die Geschichte sich auch verlohnen werde.

Klemann blieb deshalb in seiner Wohnung und arbeitete unermüdet an der Herstellung des Modells. Da dies die Wirtin sah, und da Klemann angab, er müsse aus der Fabrikation des Apparates reichen Gewinn ziehen, wurde ihm nicht allein die Miete gestundet, sondern der Kellner verabsolgte auch dem zukünftigen Millionär Speisen und Getränke auf Kredit, so daß Klemann sich wenigstens nicht durch die kleinsten Sorgen des Lebens die Arbeit brauchbar verbittern zu lassen.

Die schönen Hoffnungen, welche Klemann auf seine Erfindung gesetzt hatte, erfüllten sich jedoch nicht; denn der Fabrikant lehnte jede Teilnahme an der Herstellung ab, da ihm die Sache doch nicht lohnend genug schien, und Klemann befand sich dadurch in der übelsten Lage. Er mußte sich deshalb nach einer Anstellung umsehen, und das that er auch.

Nachdem er nun wohl eingesehen hatte, daß er durch seine Erfindung nichts verdienen werde, mußte er auch seiner Wirtin zugeben, daß seine schönen Zukunftspläne sich nicht erfüllen würden. Er werde als Erfinder niemals zum reichen Manne werden; aber da er doch nun wenigstens eine gute Stellung in Aussicht habe, möge man doch noch einmal Geduld mit ihm haben. Diese Bitte wurde ihm abermals erfüllt, sowohl die Wirtin als auch der Kellner warteten geduldig des Tages, an welchem Klemann in der Lage sein würde, alle seine Schulden zu bezahlen.

Nun konnte Klemann abermals ziemlich sorgenfrei weiterleben und sich um eine Stellung bemühen. Bei mehreren Firmen wurden ihm auch Versprechungen gemacht; aber wiederholt zerbrachen sich die Verhandlungen, und Klemann stand wieder erwerbsunfähig in der Welt und blieb auf die Gnade seiner Wirtin und des Kellners angewiesen. Da er auch zu der Zeit nicht zahlen konnte, zu welcher er schließlich bestimmt Zahlung versprochen hatte, wurde die Sachlage doch ungemüthlich, zumal die Wirtin anfing, energischer zu mahnen.

Dazu kam noch ein Uebel. Klemann hatte nämlich vor seiner Reise nach Berlin nichts im Kopfe gehabt als seine Erfindung und die zu erwartenden Reichthümer; deshalb war es einige Male geschehen, daß er die militärischen Kontrollversammlungen veräumt hatte, und wegen dieser Veräumnisse war gegen ihn eine Geldstrafe festgesetzt worden, an deren Stelle im Nichtvermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe treten sollte. Um sich nun allen Unannehmlichkeiten zu entziehen, hatte es Klemann für das Beste gehalten, einen anderen

Namen zu führen; er schrieb sich deshalb in die Hotelbücher als Max Kemmer ein.

Da sich aber sein Aufenthalt in dem Hotel bereits über vier Monate ausgedehnt hatte, konnte er nicht mehr gut als Hotelgast betrachtet werden, und die Polizei verlangte, daß er sich auf dem Polizeibureau vorstellen und als „möbliertes Herr“ anmelden sollte. Klemann war dadurch in große Verlegenheit geraten; denn entweder mußte er auch auf der Polizei den Namen Kemmer beibehalten, wodurch er sich strafbar gemacht haben würde, oder er mußte seinen wahren Namen nennen, und dann würde er auf jeden Fall für einen Schwindler gehalten, und außerdem mußte er befürchten, daß er dann wegen der Militärtraje zur Haft gebracht würde. Er machte es also wacker, wie er wollte. Unannehmlichkeiten hatte er auf jeden Fall. Dazu kam noch, daß ihm die Hotelwirtin drohte, ihn an die frische Luft befördern zu wollen, falls er innerhalb dreier Tage nicht zahle.

Klemann verlor nun völlig den Kopf und beschloß, sich allen Widerwärtigkeiten durch die Flucht zu entziehen. Dies that er denn auch in den ersten Tagen des Oktobers, und die Hotelwirtin war nun fest davon überzeugt, daß ein gemeindefähiger Schwindler ihre Geduld in der schändlichsten Weise mißbraucht habe. Sie erstattete deshalb Strafanzeige wegen Betrugs, und Klemann wurde auch am 6. Oktober ermittelt und verhaftet. Die Summe, um welche der Kellner und die Wirtin betrogen waren, belief sich auf 343 Mk.

Trotz des hohen Objectes wurde die Anklage sache dem Amtsgericht zur Verhandlung und Entscheidung überwiesen, und die 125. Abteilung hatte sich in mehreren Terminen mit dem Fall zu beschäftigen. Klemann gab nämlich an, daß die Verhaftung gerade in der ungünstigsten Zeit erfolgt sei; denn er habe nämlich seine vielen Bemühungen, einen Verdienst zu finden, von Erfolg gekrönt gesehen. Von zwei Firmen sei er nämlich angestellt worden, und zwar bei der einen im Comptoir und bei der anderen als Reisender. Beide Stellen habe er sehr gut gleichzeitig ausfüllen können, und er sei dadurch sehr wohl in der Lage gewesen, seine Schulden abzuführen, wenn er nicht durch seine Verhaftung daran gehindert worden wäre.

Das Amtsgericht war der Ansicht, daß es völlig unerheblich sei, ob der Angeklagte später in die Lage gekommen sei, den Schaden, den er angerichtet habe, wieder gut zu machen; denn selbst wenn man annehme, dies sei seine Absicht gewesen, werde damit das Vorhandensein eines Betrugs nicht beseitigt. Der ganzen Sachlage nach erweise es aber nicht einmal sehr glaubhaft, daß Klemann die Absicht gehabt habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen; denn er habe schon eine Gehaltsrate bekommen, als er noch in dem Hotel wohnte, gleichwohl sei es ihm nicht eingefallen, die Schulden zu decken oder wenigstens eine Abzahlung zu leisten, sondern er sei entflohen, als die Wirtin energisch ihr Geld verlangt habe. Aus allen diesen Gründen habe der Gerichtshof die Ueberzeugung erlangt, daß den Angeklagten eine empfindliche Strafe treffen müsse, und deshalb sei auf 6 Monate Gefängnis erkannt worden.

Gegen dieses Urtheil legte der Angeklagte Berufung ein, und somit hatte nunmehr auch die Strafkammer die Sache zu prüfen. Es wurde festgestellt, daß Klemann eigentlich niemals irgendwelche falsche Vorpiegelungen gemacht hatte. Wenn er angegeben habe, so hieß es in den Urtheilsgründen, er erwarte reiche Einkünfte aus der Verwertung seiner Erfindung, so entspreche dies vollkommen der Wahrheit; denn thatsächlich sei er nach Berlin gekommen, um die Erfindung auszunutzen, und er habe ja auch sich bemüht und Zugaben erhalten. Ebenso seien ihm wiederholt Ausichten auf eine Anstellung gemacht worden, so daß er sehr wohl erklären durfte, er habe einen Anstellung zu erwarten, wie er ja schließlich auch eine

solche erhalten habe. Es liege deshalb kein Betrug vor, sondern nur ein civilrechtlicher Anspruch der Hotelwirtin und des Kellners an Klemann, und darum habe die Freisprechung erfolgen müssen. Der Angeklagte kann also wohl sagen, daß die Berufungsinstanz ein wahrer Segen ist; denn wäre keine Verurteilung vor dem Landgerichte, welches eigentlich zuständig war, erfolgt, so hätte er im Wege der Revision keine Aufhebung des Urtheils erzielt, weil thatsächliche Feststellungen nicht durch die Revision angefochten werden können.

Amtsgericht I.

Hundertvierundzwanzigste Abteilung.

So vielfach schon über den Unfug der Druckschriftenhändler geschrieben worden ist, dürfte es wohl nicht dagewesen sein, daß jemand, der sich durch einen Druckschriftenhändler beleidigt gefühlt hat, friedlich neben demselben auf der Antikagebank Platz nehmen mußte. Gestern trat nun dieser seltsame Fall ein; denn der Kaufmann Cronbach betrat neben dem vielgenannten Handelsmann Hecht als Mitangeklagter den Gerichtssaal.

Eines Tages war der Kaufmann Cronbach mit seiner Frau die Friedrichstraße entlang gegangen. Als beide an Hecht vorüberkamen, hielt dieser der Frau Cronbach einige Druckschriften mit unflätigen Titeln vor die Nase. Frau Cronbach fühlte sich nunmehr gekränkt, als diese schamlosen Titel antisemitischen Machwerken aufgedruckt waren. Cronbach schlug deshalb nach dem unverschämten Menschen mit dem Steden, und dieser Schlag hatte zur Folge, daß Hecht seine Brotschürren in den Straßenschmutz fallen ließ. Es entstand natürlich ein Auflauf, und die Geschichte endete vorläufig damit, daß ein Schutzmann sowohl den Kaufmann als auch den Händler aufgriff.

Cronbach schickte dann dem Hecht durch seinen Buchhalter 9 Mk. als Schadensersatz für die beschmutzten und deshalb unverkäuflichen Druckschriften; dadurch vindicirte er aber nicht, daß Hecht gegen ihn Strafantrag wegen Körperverletzung stellte, wech selbst war des groben Unfuges angeklagt. Daß der Schlag Cronbachs wirklich den Druckschriftenhändler getroffen hatte, konnte geltend durch die Beweisaufnahme nicht festgestellt werden.

Der Gerichtshof sprach deshalb den Angeklagten Cronbach frei; denn wenn nur erwiesen sei, daß infolge des Schlags die Druckschriften niedergefallen seien, so genüge dies noch nicht zu einer Verurteilung wegen Körperverletzung. Hecht dagegen wurde in Rücksicht auf seine zahlreichen Vorstrafen zu der höchsten zulässigen Strafe von 6 Wochen Haft verurteilt.

Urtheil des Reichsgerichts in Versicherungsachen.

Feuerversicherung. Die Klägerin hatte ein Grundstück erstanden, und war ihr dabei der Anspruch des Subhastaten gegen eine Feuerversicherungs-Gesellschaft auf die Entschädigung für versicherten und verbrannten Inhalt einer Scheune u. s. w. mit zugesprochen. Da die Versicherungs-Gesellschaft die Zahlung verweigerte, erhob die Klägerin Klage, wurde jedoch abgewiesen, weil der Subhastat, als er die Versicherung nahm, verschwiegen hatte, daß ein vorher auf seinem Vorwerk stattgehabter Brand, für welches er bei einer andern Gesellschaft versichert gewesen war, durch seine Anstiftung ein Dritter zu vorsätzlicher Brandstiftung von ihm veranlaßt worden war. Die von der Klägerin eingelegte Revision hat das Reichsgericht, I. Civilsenat, zurückgewiesen (Urtheil 92/91 vom 10. Juni). Die Begründung ist dahin zusammenzufassen:

Eine unrichtige Beantwortung einer an den Versicherungsnehmer gerichteten Frage habe nicht vorgelegen. Aus den Feststellungen ergebe sich aber, daß der Versicherungsnehmer nicht bloß etwas verschwiegen, sondern daß er bezüglich des früheren Brandes positive falsche Angaben gemacht habe. Er habe dem Sub-

Seite eine Beilage.

Rundschau.

Zu den Tagesfragen. — Das Hamburger Organ des Fürsten Bismarck setzt seinen Feldzug gegen die Militärvorlage fort, deren Annahme ihm bei der mangelnden Widerstandsfähigkeit nicht zweifelhaft erscheint. — Die Nationalliberalen in Süddeutschland haben sich zwar in den letzten Versammlungen zu Gunsten der Militärvorlage ausgesprochen; aber an eine Durchdringung ist doch nicht zu denken, wenn das Centrum in seinem Widerstande beharrt. Das muß abgewartet werden. Wichtiger als diese Parteikritik ist den „Hamb. Nachr.“ eine Auslassung, die an eine Behauptung der Zeitschrift „Neuer Kurs“ anknüpft, nach welcher bei dem Friedensschluß von 1871 wegen der Helforter Frage zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Feldmarschall Moltke eine Spannung eingetreten sei, und daß auch in Sachen des Nordostseeanals zwischen beiden eine Meinungsverschiedenheit geherrscht habe. Die Antwort der „Hamb. Nachr.“ ist auch bei der heutigen Lage der Militärfrage, da sie die Autorität des Feldmarschalls Moltke für die Stärke der deutschen Wehrkraft in Anspruch nimmt, in hohem Grade bemerkenswert. Das Organ des Fürsten Bismarck schreibt darüber: „Feldmarschall Moltke war von der Stärke unserer Stellung auf der Westgrenze mit Rücksicht auf unsere Befestigungen in Straßburg, Metz, Mainz und Koblenz so überzeugt, daß er es, wenn der Krieg mit zwei Fronten ausbräche, für möglich hielt, sich an der Westgrenze so lange auf die Defensiv zu beschränken, bis der russische Krieg zu Ende geführt sei. Er war der Ansicht, daß die französische Kriegführung unfähig sei, bei unseren Eisenbahnverbindungen und Befestigungen auf der Westgrenze letztere zu durchbrechen, und glaubte daher den russischen Krieg bis zum Abschluß führen und dann erst Frankreich gegenüber von der Defensiv zum Angriff übergehen zu können. Daß man die Westgrenze auch jetzt nicht für gefährdet hält, beweist die Auflassung von Naissant. Der ganze Hinweis auf Helfort ist, so weit er nicht einen Akt der Feindseligkeit gegen den Fürsten Bismarck darstellt, ein Schreckschuß zu Gunsten der Militärvorlage, der den Anschein erwecken muß, als sei man um bessere Gründe verlegen. Wenn man die Durchsetzung der Militärvorlage vertreten will, so glauben wir, daß sich dafür ernstlichere und christlichere Gründe anführen lassen als solche Windbeutelereien, die der Sache, die man vertreten will, nur schaden.“

Zum Zustand im Saargebiet wird gemeldet, daß am Dienstag wegen ihrer aufreizenden Thätigkeit die Hauptagitatoren sämtlich entlassen sind, und wurden ihnen auf allen Gruben des Bezirks die Abfahrtscheine zugestellt. Diese Maßregel trifft vorläufig etwa 500 Mann, nahezu sämtlich agitatorisch thätige Mitglieder des Reichsbannervereins. Ob die Zahl sich noch vermehren wird, hängt lediglich von dem weiteren Verhalten der Belegschaft ab. In Rheinland-Westfalen wird die Agitation für den Zustand fortgesetzt. Ein Erklärblatt der „Vergarbeiter-Zeitung“ gab die Parole aus: „Entweder weiter arbeiten unter stetigem Glend oder Generalausstand und Sieg!“ In den zu Dortmund und Essen abgehaltenen Versammlungen wurde beschlossen, sofort mit dem Zustand zu beginnen. In Welsenkirchen wurde die Abhaltung einer Versammlung untersagt und der Verkauf von Revolvern verboten. Vor dem in der Nähe des Bahnhofes von Welsenkirchen belegenen Hotels von Baumeister und Doebble fand am Montag eine Dynamitexplosion statt. Die Dynamitpatronen sind auf den Fensterbänken der Hotels niedergelegt und mittels Zündschnur zur Explosion gebracht worden. Die Hotelgäste sind, ohne Schaden zu nehmen, ins Freie gestücht, die Fenster scheiben zum Teil zertrümmert, die Mauern leicht aufgerissen. Auf die Ermittlung der Urheber des Dynamitattentates sind von dem Bürgermeister 3000 Mk. als Belohnung ausgesetzt worden. Vier Führer der Ausständigen sind verhaftet, darunter Mattern, weil dieser geäußert hatte, er wünsche, daß Gewalt angewendet werde.

In Frankreich hat eine Cabinetskrise stattgefunden, die der Minister-Präsident Ribot selbst veranlaßte, um sich des bisher unentbehrlichen aber in den Panamastandal rettungslos verwickelten Kriegsministers Freycinet, des durch seine Parteinarbeit für Rouvier unmöglich gewordenen Ministers des Innern Loubet und des fragwürdigen Marineministers Durbeau zu entledigen. Freycinet hatte allerhand geheimen Geschäftsverkehr mit Cornelius Herz gepflogen, dem er auch das Großkreuz der Ehrenlegion verschafft hatte, er war der Cabinets-Chef Barhaults, als dieser seine Stellung als Arbeitsminister zu unsauberen Mänschaften mit den Panamaleuten mißbrauchte. Als nun noch, durch die Enthüllungen eines offenbar genau „Eingeweihten“ im „Figaro“ offenkundig wurde, daß Freycinet nach dem Sturze Grévy's den Einfluß eines Cornelius Herz zu Gunsten seiner Wahl zum Präsidenten der Republik angeregt hatte, und der „Gazette“ mit der Anschuldigung gegen den Kriegsminister hervortrat, er habe den Bahngesellschaften die Einführung einer untauglichen Bremse aufzwingen wollen, deren Patent Reinach und Herz besaßen, da war er unrettbar verloren. Mit solchen Kollegen konnte

der Minister-Präsident Ribot den neuen Stürmen in der Kammer nicht entgegenreten. Er zog die Minister Bourgeois, Develle und Siegfried ins Vertrauen und überraschte in der Cabinetssitzung am Montag die auszuscheidenden Kollegen mit der Mitteilung, daß er in der kritisch gewordenen Lage für notwendig halte, dem Präsidenten sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen, und von allen Kollegen das gleiche erwarde. Bourgeois, Develle und Siegfried erklärten ihren Austritt, und Freycinet, Loubet und Durbeau mußten diesem Beispiel folgen. Ribot begab sich sofort zum Präsidenten und wurde mit der Neubildung des Cabinets betraut, in dem er das Ministerium des Innern und Cavagnac das des Krieges übernehmen wird.

Auch der bisherige Kammer-Präsident Floquet wurde von seinem Schicksal ereilt. Die Neuwahl des Präsidiums erfolgte unter skandalösen Szenen; die feindlichen Parteien bedrohten sich mit den Fäusten und wurden sogar handgemein. Bei dem ersten Wahlgange wurden, da die Rechte und die Boulangisten der Stimmgebung sich enthielten, nur 277 Stimmen abgegeben. Die Wahl war also ungültig. Bei dem zweiten Wahlgange zog Floquet seine Bewerbung zurück. Casimir Périer wurde mit 254 von 108 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt. Wahrscheinlich wird Floquet in Anklagezustand versetzt werden. Auch der Führer der äußersten Linken, Clémenceau, ist nicht mehr sicher; schon war das Gerücht von seiner Verhaftung verbreitet, doch wurde es nicht bestätigt. Die gerichtlichen Verhandlungen gegen Ferdinand und Charles von Lesseps und die anderen Panama-direktoren haben am Dienstag begonnen. Ferdinand von Lesseps war noch nicht erschienen. Sein Sohn Charles verhielt sich sehr reserviert, machte aber auf Drängen des Präsidenten wenigstens eine wichtige Aussage. Er erklärte nämlich, der damalige Minister Barhault habe von ihm eine Million verlangt, zahlbar in mehreren Teilzahlungen von dem Tage der Einbringung der Vorlage bis zu ihrer Annahme. Bei der Einbringung habe man 375 000 Franc an Barhault ausgezahlt; da die Vorlage abgelehnt wurde, habe man den Rest der verlangten Summe nicht ausgezahlt. Lesseps fügte hinzu: „Ich gab diese Summe nur, weil mir das Messer an der Kehle saß, so wie man im finsternen Walde einem Räuber seine Uhr ausliefern.“ Lesseps versicherte sodann, der Verwaltungsrat der Gesellschaft habe von allen diesen Geldverteilungen Kenntnis gehabt.

Der „Hamb. Börsen.“ sind aus Samoa über die dort herrschenden Zustände bedenkliche Mitteilungen zugegangen. Es heißt darin: Man sieht einem größeren Aufbruch entgegen. Eingeborene und Weiße verweigern die Steuerzahlung, die Beamten haben seit zwei Monaten kein Gehalt erhalten. Der König kann den Kaufpreis für seine Residenz an die deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee nicht bezahlen und dürfte im Nichtzahlungsfalle samt dem ganzen Parlament ausgetrieben werden. Auf Tutuila ist der Krieg bereits ausgebrochen. Einem Amerikaner wurde von den Eingeborenen sein Haus niedergebrannt. Die versammelten Kriegsschiffe sehen allem ruhig zu.

Der Reichstag trat am Dienstag nach den Weihnachtstagen wieder zusammen. — Präsident von Loozevorden mit warmen Worten des Ablebens der Abgg. Lange und Dr. Peter Reichenberger. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von dem Mägen. Darauf folgt erste Beratung der Brausteuer-Novelle. — Staatssekretär Freiherr von Malzahn: Die Steuer-Vorlagen bezweckten, die Mittel für die Durchführung der neuen Militärvorlage zu beschaffen, da es nicht angängig sei, die Mittel dazu durch Erhöhung der Matrifularbeiträge zu decken. Die Regierung habe diesen Standpunkt von vornherein eingenommen, und es sei unrichtig, daß die Deckungsfrage erst in letzter Stunde erwogen worden sei. Die Vorlagen bezögen sich nur auf das momentane Bedürfnis, nicht auf die noch später hervortretenden Bedürfnisse. Die beantragte Erhöhung der Brausteuer würde die Deckung der Hälfte des aus der Militärvorlage erwachsenden Mehrbedarfs schaffen. Gegen die Erhöhung der Brausteuer sei in letzter Stunde eine lebhaftige Agitation entstanden; aber wenn man erwäge, daß im Gebiete der Brausteuer-Gemeinschaft 0,79 Mk. in Baden aber 3,34 in Württemberg 4,25 und in Bayern 5,53 Mk. Brausteuer auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, werde man zugeben müssen, daß im Gebiete der Brausteuer-Gemeinschaft eine schärfere Heranziehung des Bieres sehr wohl ertragen werden könne, der Konsument werde von der Steuer garnicht betroffen werden. Einzelheiten müßten für die Kommission vorbehalten bleiben. — Abg. Goldschmidt (Dfr.) bekämpft die Erhöhung der Brausteuer, zu deren Gunsten der Hinweis auf Süddeutschland keineswegs spreche. Die dortigen Steuererhöhungen seien von den besser situierten Brauereien allerdings ertragen worden, hätten aber viele kleine Existenzen vernichtet. Die beantragte Erhöhung würde den Bierkonsum beschränken, und die vom Staatssekretär im Reichshausamt erhofften Mehreinnahmen würden sich erheblich reduzieren. Wer soll die Verdoppelung der Brausteuer tragen? Das Publikum wird nicht mollen, die Schankwirte können es nicht — bleiben nur die Brauer. Aber viele, namentlich kleinere Brauereien, können die Mehrlast auch nicht tragen; sie werden dann ohne Gewinn, ja mit Verlust arbeiten. Wie sich die Steuer auch gestalten möge, sie werde jedenfalls verderberbringend sein; schon jetzt habe sie viel Unheil angerichtet. Man bereite ihr ein frühes Begräbnis. — Staatssekretär Freiherr von Malzahn: Wenn in Bayern die Zahl der Brauereien

zurückgegangen sei, so sei das keine Folge der Steuererhöhung; vielmehr habe sich das größere Kapital der Brauereindustrialie bemächtigt, und so seien große Aktienbrauereien an Stelle vieler kleinerer Brauereien getreten. — Königlich bayerischer Finanzminister von Riedel tritt der Behauptung entgegen, daß in Bayern infolge des Malzsteuerzuschlags tausende von Existenzen vernichtet worden seien. Die Brauereindustrialie prosperiere, Brauereigesellschaften, die früher keine Dividenden zahlen konnten, befinden sich jetzt in angenehmer Lage, und das Bier sei besser geworden. (Beifall.) — Abg. Hug (Str.): Für die nicht zur Brausteuer-Gemeinschaft gehörigen deutschen Staaten erwache durch die Vorlage eine erhebliche Erhöhung der Matrifularbeiträge, die in Baden nur durch Erhöhung der direkten Steuern gedeckt werden könnten. Er hoffe, daß die Militärvorlage soweit reduziert werde, daß diese Steuererhöhungen überflüssig werden. — Abg. Gamp (Reichsp.): Von den Steuererhöhungen habe die Erhöhung der Biersteuer die volle Zustimmung seiner Freunde. Gegen die Brausteuer beständen mancherlei Bedenken. Er hätte die in Erwägung gekommene Champagnersteuer für einen glücklichen Griff gehalten; auch eine Quittungs- und eine Inskriptionssteuer würde sich empfohlen haben. Was die Brausteuer anlangte, so sei diese Konsumsteuer und solle es auch sein; sie sei also in letzter Linie von den Konsumenten zu tragen. In vielen Punkten könnte und sollte man den Brauereien entgegenkommen und ihnen Erleichterungen schaffen. — Abg. Köstler (Wald.): Durch die Vorlage werde die norddeutsche Brauindustrie zu Gunsten der süddeutschen benachteiligt; es sei deshalb nicht zu verwundern, daß der süddeutsche Finanzminister so rasch für die Vorlage gewonnen werden konnte. Redner befürwortet noch den Staffeltarif zu Gunsten der kleinen Brauereien und spricht schließlich die Hoffnung aus, daß auch dieser Versuch, das Bier höher zu besteuern, scheitern werde, umso mehr, als die Begründung dieser Vorlage stümperhaft sei. — In der gestrigen Sitzung wurde die erste Beratung der Brausteuer-Vorlage fortgesetzt. — Abg. Grillenberger (Syz.) lehnt diese Steuererhöhung ab, die, wenn auch indirekt, von den minder bemittelten Klassen werde getragen werden müssen. Die Regierung habe sich nicht einmal dazu aufgeschlossen, in den Gesetzesentwurf ein Verbot der Surrogate aufzunehmen. Sie habe nicht einmal den Anschein zu verbergen versucht, daß es ihr hier lediglich auf eine Geldschneiderei ankomme. Die Darstellung Köstlers von den Schankstätten in Bayern treffe nicht zu; ein märtyrlicher Dorfstrog stehe sehr weit hinter den reichlichen Dorf wirtschaften Bayerns zurück. Die Arbeiterverhältnisse in den bayerischen Brauereien seien allerdings schlecht, und nach Einführung der hier vorgeschlagenen Steuererhöhung werden sich auch die Verhältnisse der norddeutschen Brauereiarbeiter entsprechend verschlechtern. Man berufe sich auf die hohen Dividenden einzelner Brauereien, um speziell diesen Betrieb heranzuziehen. Warum halte man sich nicht an andere Großbetriebe, die noch höheren Gewinn abwerfen? Warum lege man nicht auf die Krupp'schen Werke eine spezielle Steuer? Die Krupp'schen Werke hätten ja großen Vorteil von dem Militarismus. Führe man doch eine Einjährig-Freiwilligensteuer ein, oder hebe man die Liebesgabe an die Schnapsbrenner auf, wenn man die Militärvorlage bewilligen wolle. Die Sozialdemokraten bewilligen keinen Mann und keinen Groschen. — Bayerischer Finanzminister von Riedel: Der billige Bierpreis habe sich in Bayern meist erhalten, und das Bier sei besser geworden. Das gelte auch vom Münchener Hofbrauhaus; das Publikum sei der beste Richter, und es sei seit dem Malzsteuerzuschlag mehr getrunken worden. Der an sich geringe Schnapskonsum habe seit jener Zeit in Bayern nicht zu, sondern abgenommen. — Staatssekretär Freiherr von Malzahn-Gültz: Ein Verbot der Surrogate wurde in die Vorlage nicht aufgenommen, weil man bei dieser Gelegenheit ein tieferes Eingreifen in den Betrieb selbst vermeiden wolle. — Abg. Müller (nl.): Die Vorlage sei sehr oberflächlich abgefaßt; so berücksichtige sie den Umstand garnicht, daß in Norddeutschland viel obergähriges Bier gebraut werde, und für welches eine differentielle Behandlung nötig sei. In dieser Fassung habe die Vorlage keine Aussicht auf Annahme. — Abg. Dr. Bachem (Str.): Von den neuen Steuerentwürfen sei der der Erhöhung der Brausteuer der unerfreulichste. Die kleinen und mittleren Brauereien haben sich erheblich vermindert, und zwar zu Gunsten einiger großer und kolossalbetriebe. Der sozialpolitische Gesichtspunkt trage dieser Vorlage garnicht Rechnung. — Abg. Dr. Brömel (Dfr.): Der Staatssekretär des Reichshausamts habe der Brausteuer den Charakter der Konsumsteuer genommen. Es werde hier ein einzelner Betrieb herausgegriffen, um einer besonderen Besteuerung unterworfen zu werden. Eine solche Sondersteuer widerspreche der Verfassung. Eine solche Steuerpolitik sei eine Politik der Wegelagererei. (Vizepräsident Dr. Baumbach weist diesen Ausdrucks als unparlamentarisch zurück.) — Abg. Bödel (Antifem.) stimmt als prinzipieller Gegner der Militärvorlage auch gegen die damit zusammenhängenden Steuerprojekte. — Abg. von Gerlach (Konf.): Nachdem der Reichstag sechs-mal eine Erhöhung der Brausteuer abgelehnt, müßten ganz außerordentliche Umstände vorliegen, um diese Erhöhung ausichtslos zu machen. Solche Umstände lägen allerdings bei der Militärvorlage vor, aber welche seine Freunde dringend eine Verständigung wünschen. Hoffentlich werde es gelingen, einen größeren Anteil des Steuerbedarfs von der Börse zu ziehen, die leistungsfähiger sei als das Brauereigewerbe. — Die Debatte wird geschlossen und die Vorlage an die Militärkommission verwiesen. — Heute Interpellation, betreffend den Noistand, Beratung der Branntweinsteuer-Novelle.

Landtag. Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag seine Beratungen wieder aufgenommen. Der Präsident teilte mit, daß seit der letzten Sitzung verstorben sind die Abgg. Lange (Dfr.), Wgen (nl.), v. Wörde (Konf.) und Reichenberger (Str.). Der Name Reichenberger sei eng mit der parlamentarischen Geschichte verknüpft; seine besondere Befähigung, seine rastlose Thätigkeit sichern dem Dahingewesenen ein dauerndes Andenken im Hause. Das Haus ehre das Andenken des Dahingewesenen in der üblichen Weise. Darauf wird in die Beratung der Vorlage

Paris mit elektrischen Anlagen ungeheure Summen zu verdienen wären. In San Francisco gründete Herz mit einem sachverständigen Elektriker namens Seiler eine Elektrische Gesellschaft. Seiler sagte dem Vertreter der „Tribune“: „Es dauerte nicht lange, so fand ich aus, daß Herz im elektrischen Fache ein reiner Schwindler war, so daß er nicht einen negativen Pol von einem positiven zu unterscheiden vermochte. Aber er wußte sich den Anschein tiefer Wissenschaft zu geben, und seine Kranken bezahlten ihm ungeheure Honorare. Ich war damals jung, und es schmeichelte mir, daß ein so einflussreicher Mann mein Geschäftsteilhaber sein wollte. Eine Zeitlang ging alles ganz gut; als er aber plötzlich die Stadt verließ, erfuhr ich erst, wie viel die mir erwiesene Ehre gekostet hatte. Einer ziemlichlichen Anzahl von reichen Mitgliedern verschiedener Freimaurerlogen hat Herz Beträge bis zu 10 000 Dollars abzulösen gewünscht. Herz hatte Wechsel unserer Firma im Betrage von 16 000 Dollars in Ruks gesetzt, die ich bezahlen mußte.“

Ein Schandfleck der Republik der Vereinigten Staaten von Amerika ist die Art und Weise, wie dort die Todesstrafe vollstreckt wird. Eine Anzahl hervorragender Männer hat daher neuerdings eine lebhaftere Agitation behufs Abschaffung der Todesstrafe in dem Lande des Sternennanners eingeleitet. Die Agitation nahm ihren Anfang im Staate New-York, und während der kommenden Parlamentskammer in Albany soll der Legislativrat ein Gesetzesentwurf unterbreitet werden, der bezweckt, die Todesstrafe durch lebenslängliche Zuchthausstrafe zu ersetzen. Der Gouverneur Flower steht dieser Reform des Strafgesetzbuches überaus wohlwollend gegenüber, und unter den Argumenten, die er zu Gunsten einer solchen, durch die einfache Pflicht der Menschlichkeit gebotenen Maßregel anführt, erwähnt er als empfehlens- und nachahmenswerthes Beispiel vor allem den italienischen Staat, der zuerst in die Abschaffung des legalisierten Todes einwilligte. Der Staat New-York zählt gegenwärtig 21 zum Tode verurteilte Personen, die mit Ritzern und Jagen die Stunde erwarten, in der auch an sie die Reihe kommt, auf dem schrecklichen elektrischen Stuhl Platz zu nehmen; der Gouverneur Flower giebt sich jedoch alle Mühe, daß die Abschaffung der Todesstrafe so rasch als möglich ausgesprochen werde, damit jenen 21 Unglücklichen die grausamste Todesart, die je erdormen wurde, erspart bleibe.

Roman-Fabrik. Es war aber auch die höchste Zeit, daß die fabrikmäßige Roman- und Novellen-Erzeugung endlich in Angriff genommen wurde! In unserer Epoche der Dampfkrant, der Elektricität und der Maschinen ist das Dichten zur Schmach der sonst so hoch entwickelten Industrie noch immer wie zu des seligen Homers Zeiten ein Gegenstand der Einzelproduktion, der Hausarbeit, wird besorgt ganz wie in alten Zeiten. Das mußte natürlich anders werden. Von Amerika kommt uns, so berichtet der „Berl. Börs.-Cour.“ endlich der Segen. Eine der ersten Erzeugnisse, die Amerika auf litterarischem Gebiete gemacht hat, ist die Gründung wirklicher litterarischer Werkstätten, die sich damit beschäftigen, ihre Erzeugnisse genau dem „Besitzthum“ und den „Bedürfnissen des Publikums“ anzupassen. Die „Weekly Times“ von Philadelphia beschreiben ausführlich eines dieser merkwürdigen Lieferungs-Häuser für den geistigen Bedarf, welches schon seit mehreren Jahren in New-York zum großen Vortheil seiner Besitzer und „Klienten“ thätig ist. Dieses Haus beschäftigt ungefähr dreißig fest angestellte Frauen und junge Mädchen, die ein Zeugnis von einer Hochschule besitzen und verpflichtet sind, mit dem Fleißste in der Hand Zeitungen aus allen Ländern der Erde durchzulesen. In diesen Journalen streichen sie all' die verschiedenen Ereignisse, Schilderungen und so weiter, überhaupt alles an, was ihnen zur Verwendung in einem Romane geeignet erscheint. Die dreißig Damen überliefern dann das Resultat ihrer Lektüre drei Angestellten von einem höheren Range, die nun ihrerseits unter den angestrichenen Aeußern eine Auswahl treffen und die von ihnen als passend befundenen Stücke an fünf andere Damen weiter gehen lassen. Diese fünf beschäftigen sich nun damit, aus dieser Auswahl die Grundzüge, sozusagen die Knochengeriiste, Skelette von Romanen und Novellen zusammenzustellen. An letzter Stelle werden diese Entwürfe noch von dem Director dieser seltsamen Anstalt geprüft. Dieser höchste Angestellte des Hauses sucht nun in einer Liste von zweihundert männlichen und weiblichen Redacturen diejenige Person heraus, welcher die Aufgabe zufallen soll, dieses Knochengeriist mit Fleisch zu umkleiden, das heißt, den gelieferten kurzen Entwurf in einen Roman oder eine Novelle von dieser oder jener Art auszuarbeiten. Hat er die ihm passend dünkende Kraft gefunden, so schiebt er ihr den Entwurf, dem er folgenden gedruckten Brief beifügt: Herrn

... Bitte aus dem beifolgenden Material eine Erzählung von ... Teilen zu machen, deren keiner die Zahl von ... Worten überschreiten darf. Das Manuscript muß spätestens am ... abgeliefert werden. Ein Chek von ... Dollars wird Ihnen sofort nach Empfang Ihrer Arbeit zugewandt werden. Ergebenst (Unterschrift des Direktors). Der Verfasser des obenerwähnten, hoffentlich nicht für die erste Aprilnummer geschriebenen und nur zu früh veröffentlichten Artikels der „Weekly Times“ von Philadelphia hat „einen Blick in die Liste der von dem New-Yorker Hause beschäftigten Redacteurs werfen dürfen“, und zu seinem Erstaunen unter ihrer bedeutenden Anzahl eine Menge bekannter Namen, ja sogar einige berühmte entdeckt. Die Arbeit ist leicht und sicher und wird gut bezahlt. Denn die auf diese Weise fabrizierten Romane und Novellen werden in der That von allen kleinen Zeitungen gekauft, auch von den vierzehntägigen und monatlich erscheinenden Novellen, deren Zahl in den Vereinigten Staaten enorm ist. Man verkauft sie auch an Kolporteurs und die kleinen Buchhandlungen und Bibliotheken in den Landstädten. Sie haben in kurzer Zeit eine solche Verbreitung und einen solchen Absatz gefunden, daß der Director von Jahr zu Jahr die Zahl seiner Kunden wachsen sieht. Nach und nach nehmen auch die bedeutenden Zeitungen und die großen Verlagshäuser die Gewohnheit an, sich an diese ingenieure Fabrik zu wenden, wo jeder nach seinem Geschmack und Bedürfnis bedient wird, ohne mit der Phantasie, den Launen und den Ansprüchen der Schriftsteller rechnen zu müssen. Das ist also in der That einmal in der litterarischen Bewegung unserer Tage eine wirkliche und „mitbringende“ Neuerung. Von da bis zum eigentlichen Maschinenbetrieb in der Dichtkunst ist natürlich nur ein Schritt, der dem amerikanischen Erfindungsgeist keine Schwierigkeiten machen wird. Warum sollen denn wirklich Gedichteslieder und Liebespoeme noch immer mit der Hand geschrieben werden? Eine aufgeklärtere Zeit wird sie durch kraft arbeitende Apparate gleichmäßig, sauber, tadellos erzeugen und wohl gar selbst Dramen in Fabriken mit elektrischem Betrieb gleich in Massen hervorbringen. Denn werden die Stoffe eingeschüttet, je nach dem Format der Maschine einseitig, dreiseitig, fünfseitig fallen unten die fertigen Stücke durch.

Deutsche Militärdienst-Versicherungs-Anstalt

in Hannover. Nur Knaben unter 12 Jahren finden Aufnahme. Versicherung in den ersten Lebensjahren am vorteilhaftesten. Von 1875 bis Ende 1891 wurden versichert 190,000 Knaben mit 216,000,000 Mk. Eine so große Theilnahme hat nie ein Deutsches Versicherungs-Institut gefunden. — Prospekte etc. versenden kostenfrei die Direction und die Vertreter.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein.

— Berlin. Gegründet 1875. Stuttgart. —
 Filialdirektion: Anhaltstrasse No. 14. Juristische Person.
 Generaldirektion: Uhlandstrasse No. 5. Staatsüberaufsicht.

Der Verein empfiehlt sich für
Haftpflicht-, Unfall-, Kranken- u. Invaliden-Versicherung,
 ferner für
Kapital- und Kautions-Versicherung.

Der Verein beruht auf **Gegenseitigkeit** seiner Mitglieder. Derselbe versichert sowohl mit vollem Antheil am Gewinn, als auch mit fester Prämie, letzteres vermittelt Rückversicherung.
 Die Mitglieder der Haftpflichtversicherung und diejenigen der Sterbekasse erhielten im Jahre 1891 20% Dividende.

Versicherungsstand:

Am 1. April 1892 bestanden in sämtlichen Abteilungen des Vereins 95 504 Versicherungen. Die Gesamtreserven betragen am 1. Januar 1892 M. 3 919 508.— Die Jahresprämie pro 1891 beträgt M. 3 050 011.— An Entschädigungsgeldern wurden seit der Gründung des Vereins M. 5 026 057.— ausbezahlt.

Filialdirektion Berlin S.W. Anhaltstrasse 14.
 Ed. Wild, Fernsprecheramt VIIIa. No. 2310.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntniß der Actionaire, daß auf die Aktien der **Vereinsbank 60 Procent** des Nominalbetrages in **Vorzugsactien der Skaskaer Kohlenwerke u. Briquetfabriken** vertheilt werden mit Dividende ab 1. 7. 1892. Die Stücke können von morgen ab an der Effectencasse der **Weimariischen Bank**, hier, in Empfang genommen werden. Nicht theilbare Beträge, sogenannte Spizen, werden in der Weise regulirt, daß solche zu einer Rasse zusammengelagt, gemeinschaftlich convertirt und die entfallenden Stücke von Skaskaer Vorzugsactien meistbietend öffentlich verkauft werden. Der Erlös wird dann pro rata vertheilt.
 Berlin, den 10. Januar 1893.

Die Liquidatoren der **Vereinsbank**
 Weber. Lupp.

Wir beehren uns die Actionaire der **Vereinsbank in Ligu.** zu der am Dienstag, den 31. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaale der Weimariischen Bank, hier, Kanonierstr. 17/20 I, stattfindenden Generalversammlung einzuladen.
 Tagesordnung:

Ertheilung der Decharge an die Liquidatoren.
 Zur Theilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Actionaire berechtigt, welche ihre Aktien, resp. die Bestätigung der Weimariischen Bank, daß die Aktien behufs Empfangnahme der Skaskaer Vorzugsactien bei ihr eingereicht worden sind, bis zum 28. Januar 1893, Mittags 12 Uhr, an der **Effectencasse der Filiale der Weimariischen Bank**, hier, Kanonierstr. 17/20, deponirt haben.
 Berlin, den 10. Januar 1893.

Die Liquidatoren der **Vereinsbank**
 Weber. Lupp.



Reitbahn

Pensionsstallung i. Ranges

Otto Noun,

Berlin W., Münchenerstraße 63 am Zoologischen Garten.
 Endstation der Pferdebahn.

Elektrische Beleuchtung. Unterricht an Damen und Herren.

Submission.

Die Lieferung der für das hiesige Strafgefängnis für die Zeit vom 1. April 1893 bis dahin 1894 erforderlichen Materialien zu Bekleidungs- u. Gegenständen, als:
 ca. 300 m farriertes Keinen zu Tischen, 67 cm breit,
 ca. 6000 m farriertes Neßel zu Bettbezügen, 83 cm breit,
 ca. 500 m grau Futterleinen, 83 cm breit,
 ca. 1500 m grauen Handtuchdruck, 42 cm breit,
 ca. 2000 m Latenleinen, 136 cm breit,
 ca. 7000 m Hemdenneßel, 83 cm breit,
 ca. 2500 m Weiderwand, schwarzgrau melirt, 83 cm breit,
 ca. 700 m Tuch, schwarzgrau, 133 cm breit,
 ca. 1000 m Patchend, ungerauht, 83 cm breit,
 ca. 107 m Flanel (Wol), 57 cm breit,
 ca. 100 m grau baumwollenen, einfachen Vieber, 83 cm breit,
 ca. 150 m grau baumwollenen, doppelt gerauhten Vieber, 83 cm breit,
 ca. 600 m Gurte zu Hüftträgern, grau baumwollene, 4 1/2 cm breit,
 ca. 60 m Kattun, grauen, 83 cm breit,
 ca. 700 kg Schilleder,
 ca. 200 kg Brandschilleder,
 ca. 300 kg Fahlleder,
 ca. 10 kg Hohlleder,
 ca. 20 kg Schafleder,
 ca. 300 kg grau wollenes Stridgarn,
 ca. 100 kg blau und weiß baumw. Stridgarn, soll im Submissionswege vergeben werden. Versiegelte Angebote mit der Aufschrift „Lieferung von Bekleidungs-Materialien“ sind unter Beifügung von Proben bis zum 5. Februar er. einschließlich an die unterzeichnete Direction postfrei einzujenden.
 Die Submissions- u. Bedingungen liegen im hiesigen Secretariate zur Einsicht aus, auch werden dieselben gegen Einsendung von 50 Pf. Schreibgebühr verhandelt.
 Gladbach, den 6. Januar 1893.
 Königl. Strafgefängnis-Direction,
 Gutsh.



Wer ist der Vater?

Antwort um 9 Uhr im
Passage-Panopticum.

Castan's PANOPTICUM.

Neue Illusion:
Lotosblume.

Fantoch-Theater.

Vorstellungen von 9-11 u. 4-8 1/2 stündlich.
 Ohne Extr-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Weiß weiß von 50, rot von 60 Pf. Cognac, reines Dampfdestillat, von 1,50 Mk. per Liter oder Flasche an. Unter 30 Liter oder Flaschen per Nachnahme. Garantie. Frz. Haeulein, Heppenheim a. d. Bergstraße.

Steppdecken

größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefevre's Steppdecken-Fabrik**, Berlin, Draniensstr. 158.
 Einzelne **schadhafte** Steppdecken à 3, 4, u. 5 Mt.
 1 Rollen **Schlafdecken** mit kleinen wollene Flecken, St. 4, 6, 8 u. 10 Mt. Werth d. Doppelte!!
 Nähr. Preisliste gratis und franco.

Special-Arzt Berlin.
Dr. Meyer, Kronen-Strasse 2, 1 Tr.

heilt **Syphilis u. Mannschwäche**, **Weißfluß u. Hautkrankh.** u. langjährig bewährt. Methode bei frischen Fällen in 3 bis 4 Tagen, veralt. u. verzweif. Fälle ebenf. i. sehr kurz. Zeit. Honor. maß. Von 12-2, 6-7 Sonntags nur v. 12-2. Auswärts mit gleichem Erfolge brüchlich und verständig.
 Druck: Buchdruckerei Rudolph Gensch, Berlin.

Hoffmann-
Mianos
 neuersch. Eisenbau, mit groß. Zerkleinerung, in schwarz od. Roth, sel. u. dauerhaft. mit 100 Pf. Garantie, geg. Preis, mit 100 Pf. ohne Preis, nach auswärts (fr. Probe) (Kronen- u. Kaiserstr.) Berlin, Jerusalemstr. 14.

sch zu wo Mr Jac S un wi jun des hat
 che: Di um des aus stoß das St
 den nah ihr, welc verbl bitte wur run Ant.
 wert Ehre Wei berei Berl prüf Man seinei melch Schü
 Deste kom richti Deste Begrü daß Zeug Ange Glau daß genüg ferner denn daß e entlast doppel suchun sichtlich einer Angel gehabt tränkter aber schwer werder einestei Arzt v jart en